



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 04.05.2010

ÖFFENTLICH

TOP 2 Haushaltsplan

TOP 2.1 Vorläufiges Rechnungsergebnis 2009 Vorl.Nr. 155/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 2.2.

TOP 2.2 Übertragung von Haushaltsresten in das
Haushaltsjahr 2010
(Vorberatung) Vorl.Nr. 156/10

Beschluss:

Die in den beiliegenden Verzeichnissen aufgeführten Beträge werden als Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2010 übernommen:

Anlage 1

Haushaltsreste des Verwaltungshaushalts 2009 2.107.500 EUR

Anlage 2

Haushaltsausgabereste des Vermögenshaushalts 2009 9.736.600 EUR

Haushaltseinnahmereste des Vermögenshaushalts 2009 0 EUR

Gesamthaushaltsreste 2009 11.844.100 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) nimmt Bezug auf die Vorl.Nr. 155/10 und Vorl.Nr. 156/10 und geht dabei auf das vorläufige Rechnungsergebnis 2009 und die Höhe der Haushaltsreste im Vergleich zum Vorjahr ein.

Die Stadträte **Kreiser, Weiss, Dr. Vierling** und **Schittenhelm** signalisieren ihre Zustimmung zur Vorl.Nr. 156/10.

Stadträtin **Schittenhelm** wertet das vorläufige Rechnungsergebnis von 2009 als sehr erfreulich, man dürfe sich dennoch von dem gesetzten Sparziel nicht abbringen lassen, damit auch verschobene Maßnahmen zur Durchführung kommen könnten.

Herr **Kiedaisch** und OBM **Spec** gehen auf Fragen aus dem Gremium ein.

Anschließend stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 156/10 zur Abstimmung.

TOP 2.3

Finanzzwischenbericht I. Quartal 2010

Vorl.Nr. 157/10

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert anhand eines Schaubildes die Entwicklung der Gewerbesteuer in den Jahren 2008 und 2009. Er stellt fest, die Gewerbesteuer entwickle sich dem Haushaltsplan entsprechend. Es seien keine weiteren Gewerbesteuernachzahlungen in 2010 erforderlich, weshalb bei der Nachtragshaushaltsplanung in dieser Hinsicht keine Änderungen, weder in positiver noch in negativer Weise zu erwarten seien. Voraussichtliche Steuerrückgänge und deren Auswirkungen auf die FAG- und Schlüsselzuweisungen seien bereits im Haushalt 2010 eingeplant, sodass es nur zu einer leichten Korrektur nach unten kommen könne. Es sei allerdings davon auszugehen, dass sich die Finanzsituation in den kommenden Jahren nicht verbessere. Deshalb müsse an der Haushaltskonsolidierung festgehalten werden.

Anschließend beantwortet Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) Fragen aus dem Gremium. Er sagt Stadtrat Müller zu, seine Frage bezüglich der Zinszahlungstermine und der seit Jahresbeginn geleisteten Zinszahlungen nach interner Nachprüfung telefonisch detailliert zu erörtern.

TOP 2.4

Strategie für die weitergehende Vermeidung von Kreditaufnahmen in den kommenden Jahren (Finanzplanung 2010-2013)

Vorl.Nr. 206/10

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft die Vorl.Nr. 206/10 ein und geht kurz auf die Finanzplanung und Konsolidierungsmaßnahmen in 2010 ein. Die Verwaltung schlage vor im Zeitraum 2010 bis 2013 30 bis 35 Mio € mit Tendenz zu 35 Mio einzusparen. Hiervon soll 1 Mio € bereits im Nachtragshaushalt 2010 veranschlagt werden. Das Ziel im Vermögenshaushalt 22,5 Mio € einzusparen sei bei den herrschenden Rahmenbedingungen sehr ehrgeizig, aber auch unter Erhaltung der bestehenden Infrastruktur realisierbar. Anschließend führt er die Vorl.Nr. 078/10

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 04.05.2010

und Vorl.Nr. 206/10 zur Diskussion über die Haushaltsgenehmigung 2010 an.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) merkt an, die Verwaltung werde im Nachtragshaushalt den Ansatz der Sachausgaben um 1 Mio € reduzieren. Ferner bereite die Verwaltung eine Liste mit allen Investitionen vor, die bei der letzten Haushaltsberatung zurückgestellt worden seien. Zu jedem Vorhaben werde man eine Empfehlung über die weitere Umsetzung und mögliche Mittelfreigabe abgeben. Konkrete Zahlen über die Umsetzung des Konsolidierungszieles im Haushalt 2011 sollen den Stadträten schon frühzeitig zur Haushaltsplanung zugehen.

Stadtrat **Hillenbrand** gibt zu Protokoll, er bitte den Betreff in der Vorl.Nr. 195/10 auf Antrag LUBU/Die Linke entsprechend der Tagesordnung zu ändern. Anschließend geht er inhaltlich kurz auf die beiden Schreiben des Regierungspräsidiums zum Haushalt der Stadt Ludwigsburg ein und nimmt Stellung dazu. Er betrachte es als Aufgabe des Regierungspräsidiums in seiner Funktion als Kontrollorgan kritische Anmerkungen zur Haushaltsführung zu machen, die auch sachlich geprüft werden sollten.

OBM **Spec** merkt an, das Regierungspräsidium sei in seiner Stellungnahme vom 30.03.2010 auf die allgemeine Finanzsituation eingegangen, was in der Stellungnahme zur Haushaltssatzung 2010 sei nicht der Fall gewesen sei, und er als Mangel gesehen habe.

Stadtrat **Hillenbrand** stellt die Frage in den Raum, ob alle Vorschläge des Regierungspräsidiums hinsichtlich der bestmöglichen Einnahmenregulierung umgesetzt werden und spricht sich in diesem Zusammenhang für höhere Einnahmen bei der Gewerbesteuer aus. Diese werde nur fällig, wenn tatsächlich Ertrag erzielt werde und sei somit die fairste Steuer.

Stadträtin **Kreiser** bezeichnet die in Vorl.Nr. 206/10 gesetzten Ziele als ehrgeizig und sieht nur noch wenig Handlungsspielraum. Sie gebe zu bedenken, dass dennoch über Jahrzehnte gewachsene Strukturen wie beispielsweise der Pferdemarkt und das Marktplatzfest erhalten bleiben sollten.

Stadträtin **Schittenhelm** und Stadtrat **Weiss** sagen ihre Unterstützung zur vorgestellten Strategie in der Vorl.Nr. 206/10 zu.

Stadtrat Dr **Vierling** merkt an, er heiße das Konsolidierungsziel von 30 bis 35 Mio € gut. Allerdings sehe er unter Berücksichtigung der Rücklagenentnahmen und dem Einsatz von Grundstückserlösen für laufende Zwecke eine Lücke von etwa 100 Mio € und unterstreicht die Dimension des Finanzproblems. In diesem Zusammenhang stellt er die Nachhaltigkeit des Problems dar und führt die Verantwortung für Folgegenerationen an. Er bitte bei künftigen Konsolidierungsmaßnahmen auf den Einsatz von Grundstückseinnahmen zu verzichten. Anschließend geht er kurz auf den Inhalt der Schreiben des Regierungspräsidiums zur Haushaltssatzung 2010 ein.

OBM **Spec** geht auf die Äußerungen von Stadtrat Dr. Vierling ein und appelliert an alle Fraktionen den Sparkurs der Verwaltung mitzutragen.

Stadtrat Dr. **Heer** spricht sich dafür aus bis 2013 keine Kreditaufnahmen zu tätigen im Gegensatz zur Vorl.Nr. 206/10, wonach 0 bis max. 10 Mio € Nettokreditaufnahmen geplant seien. Er begründet dies mit dem Abbau der Rücklagen bis 2011 und des notwendigen Ausgleichs des Verwaltungshaushalts. Zur Korrespondenz des Regierungspräsidiums zum Haushalt 2010 merkt er an, die derzeit noch positive Bilanz sei lediglich möglich, weil in der Vergangenheit Vermögen in Höhe von 85 Mio € verkauft worden sei. Inhaltlich sehe er keinen Unterschied zwischen den beiden Schreiben des Regierungspräsidiums.

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu Tagesordnungspunkt 2.4.

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu Tagesordnungspunkt 2.5. Der Antrag ist somit erledigt.

Beschluss:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) in der Ludwigsburger Verwaltung flächendeckend zum 01.01.2014 einzuführen, sofern nachgewiesen werden kann, dass für das künftige Verfahren sowohl mit Blick auf die Bindung von Personalressourcen der Verwaltung als auch auf die Verfahrenskosten eine den neuen, zusätzlichen Aufgaben (insbesondere Anlagenrechnung, Bilanzierung) angemessene wirtschaftliche Lösung erreicht wird. Sollte dies nicht gelingen, ist die Umstellung zurückzustellen.
- 2) Die Verwaltung erarbeitet hierzu eine detaillierte Zeit-, Finanz- und Ressourcenplanung und legt diese im Verlauf des 2. Halbjahrs 2010 den Gremien zum Beschluss vor.
- 3) Vor den eigentlichen Arbeiten zur Einführung des NKHR ist zu klären, ob auch weiterhin das bisher verwendete SAP Finanzverfahren in Ludwigsburg zur Anwendung kommen soll. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt bestehende Alternativen zu prüfen und die Entscheidungsgrundlagen dem Gemeinderat im 2. Halbjahr 2010 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** nimmt Stellung zu Vor- und Nachteilen der Doppik und deren Einführung in der öffentlichen Verwaltung. Insgesamt stehe er der Umstellung von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) eher kritisch gegenüber und begründet dies mit hohen Kosten für neue Software, gigantischem Umstellungsaufwand und im Zweifel höherem Personalaufwand nach Einführung des NKHR. Ferner hätten sich positive Erwartungen von Gemeinden, die das NKHR bereits eingeführt hätten, nicht erfüllt, und das Land Baden-Württemberg selbst sei aus dem neuen Steuerungsmodell wieder ausgestiegen. Gleichzeitig spricht er sich für mehr Kostentransparenz aus, wofür die Verwaltung im Bereich der Anlagenbuchhaltung bereits große Anstrengungen unternommen habe und weiter vorantreiben wolle.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) teilt mit, die zeitliche Verschiebung der Einführung des NKHR auf 2014 biete die Chance den Aufwand für die erstmalige Erfassung und Bewertung des Vermögens mit dem bestehenden Personalbestand leisten zu können. Die Verwaltung benötige einen Beschluss über den Umstellungszeitpunkt, damit das Verfahren mit dem Rechenzentrum zeitlich abgestimmt werden könne. Im Vorfeld werde die Verwaltung Vergleichsangebote zum Anbieter SAP für die nötige Software einholen und im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zur Beschlussfassung vorstellen.

Anschließend erfolgt eine Diskussion des Gremiums hinsichtlich Kosten, Vor- und Nachteile, Auswirkungen, Umstellungszeitpunkt und mögliche Rücknahme der Einführungsverpflichtung des NKHR durch das Land Baden-Württemberg.

OBM **Spec** stellt die Vorl.Nr. 082/10 zur Abstimmung.

TOP 3

Jahresbericht 2009 und Zuschussfreigabe 2010
- Tanz- und Theaterwerkstatt e.V.

Vorl.Nr. 201/10

Beschluss:

1. Der Bericht der TTW wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2010 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von 108.100 € wird zur Auszahlung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau **Gonsiorek** (Leiterin TTW) berichtet über die Aufgaben, Ziele und durchgeführten Projekte der TTW im Jahr 2009 und gibt eine kurze Ausschau auf die geplanten Projekte in 2010. Anschließend geht sie auf die finanzielle Situation der TTW ein und macht deutlich, dass eine weitere Mittelekürzung existenzgefährdend für die TTW wäre.

OBM **Spec** drückt seine Anerkennung und Lob für das ganze Team der TTW und die in 2009 geleistete Arbeit aus.

Stadträtin **Kopf** bringt ihre Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern der TTW zum Ausdruck. Sie hebt insbesondere die Kreativität, die gute Vernetzung in Ludwigsburg und in der Region, sowie das große Engagement bei der Sozialen Stadt der TTW hervor. Ferner habe die TTW mit ihrer Arbeit 2009 deutlich gemacht, dass Kultur auch Sozialarbeit und Bildung sein könne, was im Programm 2010 fortgeführt werde und sie als wertvoll werte.

OBM **Spec** führt an, ein systematischer Ansatz bei der nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung sei gewesen, erfahren zu wollen, was mit Kulturarbeit an sozialen Brennpunkten erreicht werden könne. Die TTW habe dies mit Erfolg aufgenommen und umgesetzt. Beispielsweise sei es gelungen über Kultur- anstatt über Sozialarbeit das Selbstwertgefühl der Projektteilnehmer zu stärken. Dies rechtfertige auch die Höhe des Zuschusses an die TTW, obwohl das Budget im Kulturbereich sehr begrenzt sei.

Stadtrat **Bergold** betont, viele Produktionen der TTW stärkten das Image der Stadt Ludwigsburg als Kulturstadt auch überregional und hätten damit Einfluss auf die wirtschaftliche und andere Entwicklungen der Stadt. Weiter hebt er den hohen Einsatz der TTW im soziokulturellen Bereich, und die Einbeziehung von Schülern, Senioren und Menschen mit Behinderungen, sowie generationsübergreifende Projekte hervor. Die verstärkte Arbeit mit Schülern zeige, dass die TTW auf aktuelle Entwicklungen eingehe und mit geringen Finanzmitteln großes leiste.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** und Stadtrat **Weiss** loben die Arbeit der TTW und sprechen sich für die Zuschussbewilligung aus.

OBM **Spec** stellt die Vorl.Nr. 201/10 zur Abstimmung.